

Ralf E. Breuer

## **Die deutsche Kuba-Politik nach der Wiedervereinigung\***

### **1. Einleitung**

Während in den letzten 40 Jahren das angespannte Verhältnis Kubas zu den Vereinigten Staaten sowie die einstigen engen Beziehungen zur Sowjetunion eine kaum überschaubare Literaturfülle hervorgebracht haben, blieben die Beziehungen des sozialistischen Kubas zu den westeuropäischen Staaten weitestgehend unbeachtet. Diese "eigenartige Auslassung" (Alistair Hennessy) änderte sich erst mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes und der nun einsetzenden Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Kontakte, die den europäisch-kubanischen Beziehungen ein eigenständigeres Profil verlieh. Der seit den 90er Jahren zu verzeichnende Annäherungsprozess zwischen Europa und Kuba findet auch in der Literatur stärkere Beachtung; neben zahlreichen Untersuchungen zu aktuellen Entwicklungen<sup>1</sup> liegen nun auch Arbeiten zu den Beziehungen während des Kalten Krieges vor, in denen das vorherrschende Bild einer Blockdisziplin gegenüber Kuba relativiert wurde (Hennessy/Lambie 1993, MacDonald 1990). Hierbei wurde deutlich, dass die westeuropäischen Staaten in ihren Beziehungen zu Kuba eine direkte Konfrontation mit den USA vermieden, ihre zum Teil engen Kontakte zu Kuba aus jeweils unterschiedlichen Motivlagen heraus jedoch fortsetzten und durch die Aufrechterhaltung des bilateralen Handels einen wesentlichen Beitrag für das Überleben des Karibikstaates leisteten.

Während innerhalb der Gruppe der größeren westeuropäischen Staaten vor allem Frankreich, Spanien, Italien und trotz seiner Vorbehalte auch Großbritannien engere Beziehungen zum sozialistischen Kuba unterhalten,

---

\* Dieser Beitrag beruht auf einem Bericht des Verfassers zur deutschen Kuba-Politik, der als Teil eines 1999 realisierten Projekts des Instituts für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) über die EU-Politik gegenüber Kuba verfasst wurde.

<sup>1</sup> Seit Ende der 80er Jahre widmet sich verstärkt das in Madrid ansässige Institut IRELA den Beziehungen zwischen Europa und Kuba, siehe hierzu die im Literaturverzeichnis unter IRELA aufgeführten Titel; außerdem Grabendorff (1992); zu den Auswirkungen der US-Sanktionspolitik auf die transatlantischen Beziehungen siehe Nuccio (1999) sowie Roy (1999).

gehörte die Bundesrepublik traditionell zu den “nordischen Hardlinern” und lehnte eine Zusammenarbeit seit den Anfängen der kubanischen Revolution strikt ab. In der Literatur spiegelt sich diese im Verdacht einer vornehmlich im Schatten der USA stehende deutsche Kuba-Politik in einer konsequenten Nichtbeachtung der deutsch-kubanischen Beziehungen wider.<sup>2</sup>

Erst neuerdings ist Bewegung in die bisherige bundesdeutsche Haltung zu Kuba gekommen, die nun zunehmend in den europäischen Reigen einer Politik der Normalisierung einschwenkt. In dieser Neugestaltung der deutschen Kuba-Politik zeigt sich neben der grundsätzlichen Kuba-Affinität der neuen Regierungskoalition die mit den 90er Jahren wachsende Bedeutung einer gesamteuropäisch gestalteten Außenpolitik. Wenngleich die Beziehungen zu Kuba trotz der wachsenden Brüsseler Komponente weiterhin vorrangig bilateral geprägt sind, lässt sich für die vergangenen Jahre eine zögerliche Angleichung bislang divergierender nationaler Positionen an eine europäische Politik der Annäherung feststellen.

Im Falle Kubas vollzog die neue Bundesregierung damit die Abkehr von einer Politik, die für die bundesdeutschen Außenbeziehungen gleichermaßen Sonderfall wie auch Ausdruck tiefverankerter außenpolitischer Grundsätze war. Wesentliche Bestimmungsgrößen der bisherigen bundesdeutschen Kuba-Politik haben ihren Ursprung in der Zeit des Kalten Krieges, prägten jedoch bis weit in die 90er Jahre hinein die deutsch-kubanischen Beziehungen. In einer kurzen Rückschau sollen daher zunächst die bilateralen Beziehungen bis zum Ende der 80er Jahre unter Berücksichtigung des ostdeutsch-kubanischen Verhältnisses dargelegt und nach jenen “Erblasten” gefragt werden, die auf die Gestaltung der deutschen Kuba-Politik der 90er Jahre nachwirkten.

## **2. Die Kuba-Politik der Bundesrepublik während des Kalten Krieges: Die Maxime der Westbindung und die deutsch-deutsche Teilung**

Mit der Revolution unter Fidel Castro erhielten die internationalen Beziehungen Kubas eine grundsätzlich neue Qualität und wurden in der Folgezeit in entscheidendem Maße von den Rahmenbedingungen des Ost-West-Konfliktes geprägt. Die unmittelbar nach der Machtübernahme Castros einsetzende und bis heute andauernde “Eiszeit” zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten belastete auch die Beziehungen Kubas zu den westeuropäischen

---

<sup>2</sup> Eine Ausnahme bilden die beiden aus kubanischer Perspektive verfassten Aufsätze von Florentino Graupera (1992; 1997).

Staaten, die zwar grundsätzlich der ablehnenden Haltung der USA gegenüber Kuba folgten, eine im Vergleich zur US-Blockadepolitik jedoch deutlich gemäßigte Position einnahmen. Eine Ausnahme bildete die Bundesrepublik Deutschland, die eine verglichen zur Mehrzahl der westeuropäischen Länder restriktive Politik verfolgte und ihre Beziehungen zu Kuba auf ein Minimum reduzierte.

In ihrem Kern spiegelten die angespannten bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem revolutionären Kuba die außergewöhnliche weltpolitische Grenzlage wider, die beide Länder innerhalb der Strukturen des Ost-West-Konfliktes einnahmen und die zum konstitutiven Element der jeweiligen außenpolitischen Beziehungen wurde. Aus deutscher Sicht war diese Grenzsituation zweifacher Natur und umfasste neben der weltpolitischen eine nationale Trennungslinie in Form der innerdeutschen Teilung. Beide Trennungslinien und die hieraus resultierenden außenpolitischen Implikationen kamen in den Beziehungen der Bundesrepublik zu Kuba in besonderem Maße zum Ausdruck und bildeten, auch angesichts fehlender historischer Bindungen, den wichtigsten Bezugsrahmen für die deutsche Kuba-Politik.

Die in den 50er Jahren zunächst konfliktfreien bilateralen Beziehungen veränderten sich mit der Zuspitzung des US-amerikanisch-kubanischen Verhältnisses schlagartig. Der seitens der US-Regierung auf die westeuropäischen Länder ausgeübte Druck, die Beziehungen zu Kuba einzuschränken, wurde von der Bundesregierung äußerst bereitwillig befolgt und führte zu einer Reihe von Maßnahmen, die die US-amerikanische Isolationspolitik unterstützten (vgl. Lambie 1993). Die grundsätzliche außenpolitische Nähe der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten – Ausdruck der zur Staatsräson erhobenen Westbindung – zeigte sich damit auch in der deutschen Haltung zu Kuba, die in der Folgezeit weitestgehend im Einklang mit US-amerikanischen Interessen stand.<sup>3</sup>

Die restriktive Haltung der Bundesregierung war jedoch keineswegs ein ausschließlicher Akt der Gefolgschaft, sondern spiegelte auch die eigene Besorgnis wider, mit der die auf Kuba stattfindenden Entwicklungen verfolgt wurden: Die Sicherheit der Bundesrepublik war in solch überragendem Maße mit der Führungsrolle der USA, dem "einzig glaubwürdigen Sicherheits-

<sup>3</sup> Diese außenpolitische Nähe zu den USA führte innerhalb der lateinamerikanischen Öffentlichkeit zu deutlichen Ressentiments gegen die Bundesrepublik, die anfänglich als Erfüllungsgehilfe US-amerikanischer Hegemonialbestrebungen wahrgenommen wurde (vgl. Oberndörfer 1975: 349).

garanten" der Bundesrepublik (Joffe 1996: 119), verbunden, dass jede gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Entwicklung – und als solche wurden die revolutionären Vorgänge auf Kuba durchaus gesehen – indirekt als eigene Gefährdung wahrgenommen wurde (vgl. Heilman 1973: 130). Dieser Besorgnis lag zudem die Einschätzung zugrunde, dass sich jedwede Konfrontation an einem Ende der weltpolitischen Trennungslinie zwangsläufig konfliktischürend auf das andere Ende dieser Linie auswirken müsste. Diese Verknüpfung der Krisenherde zeigte sich besonders deutlich im Kontext der Kuba-Krise von 1962, die sich auf die ungeklärte Berlin-Frage auszuweiten drohte. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer wertete die Entwicklungen auf Kuba in einer an die deutsche Öffentlichkeit gerichteten Ansprache als einen gezielten Anschlag, "um dadurch die Vereinigten Staaten bei Verhandlungen gefügig zu machen" und auch die Berlin-Frage zugunsten der Sowjetunion zu entscheiden.<sup>4</sup> Die von Adenauer gewählte Ausdrucksweise, der "kubanische Diktator" handle einzig als "Werkzeug Sowjetrusslands", verdeutlicht zudem die bis zum Ende des Kalten Krieges anhaltende Sichtweise der Bundesregierung, der zufolge die auf Kuba stattfindenden Umwälzungen ausschließlich in den Kategorien des Ost-West-Konfliktes wahrgenommen wurden, die Eigengewichtigkeit der kubanischen Revolution hingegen unbeachtet blieb. Wenngleich eine solche Unmittelbarkeit der Zusammenhänge, wie sie zwischen Kuba-Krise und Berlin-Frage auftrat, in der Folgezeit nicht mehr gegeben war, blieb diese Wahrnehmung eines mit der kubanischen Revolution verbundenen Bedrohungspotentials latent bestehen (Auswärtiges Amt 1972: 518). Diese Einschätzung der Bundesregierung wurde von der Mehrzahl der westeuropäischen Staaten jedoch nicht geteilt; statt der ausschließlichen Wahrnehmung als Bedrohungsfaktor und brodelndem Konfliktherd des Kalten Krieges wurde die kubanische Revolution meist im regionalen Kontext und als eine Reaktion auf die Vormachtstellung der USA wahrgenommen und stieß insbesondere in Ländern mit anti-amerikanischen Tendenzen, hier vor allem Frankreich, durchaus auf Verständnis (vgl. Lambie 1995: 1ff.; Grabendorff 1982: 204).

Eine weitere Belastung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba hatte ihren Ursprung in der Problematik der innerdeutschen Tei-

<sup>4</sup> Auswärtiges Amt (1972: 482f.); zu den Ansichten Adenauers zur Kuba-Krise siehe auch die Tagebuchaufzeichnungen von Horst Oderheld, einem außenpolitischen Berater Adenauers, abgedruckt in *Der Spiegel*, Nr. 45/1987, S. 203; den Aussagen Oderhelds zufolge befürwortete Adenauer eine militärische Lösung der Kuba-Krise (Bombardierung und Invasion).



lung. Die Bundesrepublik, die der DDR zunächst die Anerkennung als eigenständigen Staat verweigerte und den Alleinvertretungsanspruch für die gesamte deutsche Nation erhob, versuchte, diesen Anspruch auch gegenüber Drittstaaten durchzusetzen. Wichtigstes Instrument dieser Politik wurde die so genannte Hallstein-Doktrin, die all jenen Staaten Sanktionen androhte, die offizielle Beziehungen zur DDR aufnahmen. Die DDR versuchte ihrerseits, ihre diplomatischen Kontakte auf möglichst viele Länder auszudehnen und sich so als völkerrechtlich legitimer Staat zu etablieren. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der noch in den 50er Jahren von allen lateinamerikanischen Staaten anerkannt worden war, wurde innerhalb Lateinamerikas mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Kubas zur DDR im Januar 1963 erstmals in Frage gestellt. Die Hallstein-Doktrin kam bereits zwei Tage darauf zur Anwendung und führte zum Abbruch der zwischenstaatlichen Beziehungen.<sup>5</sup>

Zeitgleich zu dieser Verschlechterung der westdeutsch-kubanischen Beziehungen vollzog sich im Rahmen der Anlehnung Kubas an die kommunistischen Staaten eine Annäherung an die DDR, zu der in der Folgezeit weitreichende Kontakte auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlich-kultureller Ebene aufgebaut wurden.<sup>6</sup> Wenngleich die Beziehungen in den 60er Jahren noch von kritischer Distanz geprägt waren, kam es mit Beginn der 70er Jahre, begünstigt durch die neuerliche Annäherung Kubas an die Sowjetunion, zu jenen intensiven bilateralen Beziehungen, wie sie zwischen "sozialistischen Bruderländern" üblich waren (Krämer 1994: 87). Diese bestanden neben regelmäßigen Kontakten ranghoher Politiker<sup>7</sup> in dem Abschluss eines Freundschaftsvertrages (1980), zahlreicher Abkommen (u.a. über wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit) und der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne. Nach der Überwindung zunächst unterschiedlicher Anschauungen verfestigte sich die ideologische Übereinstimmung zwischen beiden Ländern zunehmend und gipfelte in der gemeinsamen Ablehnung der Reform-Politik Gorbatschows Ende der 80er Jahre, die von beiden Seiten mit einer Verhärtung der innenpolitischen Strukturen beantwortet wurde (Krämer 1994: 87). Auch in wirtschaftlicher Hinsicht gewannen die Beziehungen zwischen der DDR und Kuba zunehmend an Be-

<sup>5</sup> Die französische Botschaft in Havanna wurde daraufhin mit der Wahrung bundesdeutscher Interessen beauftragt.

<sup>6</sup> Zu den Kontakten auf Parteebene aus Sicht der DDR siehe Bieß (1985).

<sup>7</sup> Höhepunkte der beiderseitigen Besuchstätigkeit bildeten die Staatsbesuche Honeckers in Kuba 1974 sowie Castros in der DDR 1977.

deutung: So verzeichnete das bilaterale Handelsvolumen seit den 60er Jahren einen kontinuierlichen Anstieg und machte die DDR zum zweitwichtigsten Handelspartner der Karibikinsel; umgekehrt wurde Kuba zum wichtigsten Abnehmer ostdeutscher Industrieerzeugnisse innerhalb Lateinamerikas.<sup>8</sup> Allerdings darf der Stellenwert des bilateralen Handels für die DDR mit einem Anteil von lediglich 1% am Gesamtaußenhandel nicht überschätzt werden. Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen war für Kuba ungleich größer. Die Handelsverträge waren aus kubanischer Sicht oftmals vorteilhaft gestaltet und beinhalteten neben unter dem Weltmarktpreis liegenden Konditionen günstige Kreditvereinbarungen; darüber hinaus wurden zahlreiche Projekte der Zusammenarbeit vereinbart, in deren Rahmen technische und wirtschaftliche Entwicklungshilfe geleistet wurde.<sup>9</sup>

Mit der sich in den 70er Jahren abzeichnenden Entspannung zwischen den Supermächten und der Annäherung der beiden deutschen Staaten verzeichneten auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba eine Verbesserung. Diese bestand in der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1975 und einer begrenzten Zusammenarbeit auf entwicklungspolitischer Ebene. Der noch im selben Jahr durchgeführte Einsatz kubanischer Militärs in Angola führte jedoch zu einer erneuten Belastung des bilateralen Verhältnisses und veranlasste die Bundesregierung, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Kuba wieder einzustellen (Grabendorff 1992: 73). Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba blieben von diesen Schwankungen auf politischer Ebene zwar vergleichsweise unbeschadet und verzeichneten während der 70er und

---

<sup>8</sup> Krämer (1994: 88ff.); zu den Wirtschaftsbeziehungen während der 60er und 70er Jahre siehe auch Blasier (1979: 240ff.).

<sup>9</sup> Handelspolitische und rohstoffssichernde Abkommen zu Präferenzpreisen bildeten die Hauptsäule innerhalb der entwicklungspolitischen Konzeption der DDR. Neben entwicklungspolitischen Kriterien diente diese Praxis dem Aufbau langfristig angelegter Wirtschaftsbeziehungen, die aus Sicht der DDR den auf dem Weltmarkt nur bedingt konkurrenzfähigen Industrieerzeugnissen einen dauerhaften Absatzmarkt sichern sollten. Die für Kuba zunächst günstigen Vertragskonditionen veranlassten die kubanische Regierung zum Abbau eigener Produktionsbereiche, was sich nach dem Niedergang des RGW als Bumerang erweisen sollte. Dass diese strukturelle Abhängigkeit weit über den Industriesektor hinaus reichte, zeigte sich auch am Beispiel der Milchproduktion, die weitestgehend durch Milchpulverlieferungen aus der DDR abgedeckt wurde. Nach dem Zusammenbruch der DDR konnte selbst die Grundversorgung von Kleinkindern mit Milch, einst vielgepriesenes Aushängeschild der kubanischen Regierung, kaum mehr gewährleistet werden (vgl. Hamann 1994: 151ff.; Florentino Graupera 1992: 149f.).

80er Jahre sogar ein leichtes Wachstum, nahmen allerdings zu keinem Zeitpunkt nennenswerte Ausmaße an.<sup>10</sup>

Dass sich die Bundesrepublik weiterhin im Schatten der US-amerikanischen Kuba-Politik bewegte, zeigte sich erneut, als Kuba in den 80er Jahren gegenüber den westlichen Staaten in Zahlungsschwierigkeiten geriet und im Rahmen des Pariser Clubs Umschuldungsmaßnahmen aushandelte. Die US-Regierung, als Gläubiger bei den Verhandlungen selbst nicht beteiligt, versuchte ihrerseits, Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen und eine Einigung zwischen den Gläubigerländern und der kubanischen Regierung zu verhindern: Kubas Zugang zu westlichen Krediten sollte hierdurch erschwert und die kubanische Wirtschaft damit destabilisiert werden. Als besonders empfänglich für den US-amerikanischen Druck erwies sich schließlich die Bundesrepublik, die zusammen mit den Vereinigten Staaten die Mehrheit an einem in die Umschuldungsverhandlungen einbezogenen englischen Bankhaus erwarb und so die Verhandlungen zu erschweren suchte. Wenngleich dieser Schritt zunächst nicht den erwünschten Erfolg brachte, konnte Kuba zwischen 1983 und 1985 mit dem Pariser Club drei Abkommen unterzeichnen, die allerdings mit der Zahlungsunfähigkeitserklärung Kubas im Jahre 1986 obsolet wurden, was einmal mehr zeigte, dass das US-amerikanisch-bundesdeutsche Tandem mit Blick auf Kuba auch in den 80er Jahren funktionierte und die Bundesrepublik innerhalb Westeuropas weiterhin der verlässlichste Partner der Vereinigten Staaten zur Umsetzung einer restriktiven Kuba-Politik war (Domínguez 1989: 215).

Grundsätzlich blieb damit das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Kuba auch in den Entspannungsphasen des Kalten Krieges unterkühlt und die Bundesregierung zeigte wenig Interesse an einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen (vgl. auch Drekonja 1974). Diese waren durch die engen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und der intensiven Zusammenarbeit zwischen Kuba und der DDR zu sehr belastet.

### **3. Die deutsche Kuba-Politik nach der Wiedervereinigung**

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba erfuhren mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zunächst keine Trendwende, sondern standen auch weiterhin unter dem Einfluss der fortgesetzten und im Laufe der 90er Jahre verschärften US-Sanktionspolitik. Darüber hinaus erhielt die bilaterale

---

<sup>10</sup> Zu den Handelsbeziehungen der westeuropäischen Länder zu Kuba siehe Rodríguez (1993).

Agenda durch die Abwicklung des außenpolitischen Erbes der DDR neue Konfliktthemen und wurde hierdurch zusätzlich belastet.

Für das wiedervereinigte Deutschland stellte sich dabei die grundsätzliche Frage, ob man die außenpolitischen Beziehungen der DDR fortsetzen wollte. Als Rechtsnachfolgerin der DDR hatte die Bundesrepublik nicht nur deren vertragliche Bindungen mit Drittstaaten übernommen, sondern sah sich zudem mit oftmals jahrzehntelang gewachsenen außenpolitischen Traditionen und Kontakten konfrontiert, die nun nach dem Ende der DDR einer Neuregelung bedurften. Grundsätzlich entschloss sich die Bundesregierung, die Beziehungen der DDR, auch im Bereich der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, fortzuführen, mit einer Ausnahme: Kuba. In diesem Falle lehnte man das außenpolitische Erbe der DDR ab und erklärte alle noch laufenden Kooperationsabkommen für nichtig bzw. setzte die gemäß den fünfjährigen Planungsmechanismen kurz nach der Wiedervereinigung auslaufenden Projekte nicht fort (Grabendorff 1992: 72).

Folgt man dem Blickwinkel der kubanischen Regierung, so müssen die weltpolitischen Umbrüche, die Ende der 80er Jahre mit dem symbolträchtigen Fall der Berliner Mauer einhergingen, für den Karibikstaat als katastrophal eingestuft werden. Wenngleich die kubanische Revolution vor allem aus der historischen Entwicklung der Insel hervorgegangen ist und damit eine gewisse Unabhängigkeit vom Ost-West-Konflikt beanspruchen kann, ist ihre konkrete Entwicklungsrichtung und Ausformung aufs engste mit dem Ost-West-Gegensatz verbunden.<sup>11</sup> Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks sah sich Kuba daher quasi "über Nacht" international isoliert und war als eine der letzten "Bastionen des Sozialismus" nicht nur ideologisch ausgegrenzt, sondern hatte auch seine mit Abstand wichtigsten Handelspartner verloren (Kuba wickelte Ende der 80er Jahre 85% seines Außenhandels mit den RGW-Staaten ab).

Angesichts dieser insgesamt äußerst angespannten Krisenlage hatte die Einstellung der DDR-Entwicklungshilfe und der Verlust der im ostdeutsch-kubanischen Handel gewährten Vorzugskonditionen spürbare Auswirkungen auf die kubanische Wirtschaft und verfestigte die außenwirtschaftliche Isolation des Landes (Florentino Graupera 1997: 23ff.). Dies veranlasste die kubanische Regierung im September 1990 zu einer Protestnote vor der Europäischen Kommission mit der Aufforderung, die Vorgehensweise der Bundesregierung auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen; zudem wurde die

---

<sup>11</sup> Zur Geschichte Kubas im 20. Jahrhundert siehe Zeuske (2000).

Kommission aufgefordert, kubanischen Produkten einen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt zu gewähren, um so die durch den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zur DDR verursachten Einbußen überbrücken zu können. Die Europäische Kommission sicherte der kubanischen Regierung eine Prüfung der Angelegenheit zu, eine abschließende Stellungnahme blieb jedoch aus (Grabendorff 1992: 72).

Die Nichtfortsetzung der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wurde seitens des damaligen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Jürgen Warnke, mit der fehlenden Reformbereitschaft der kubanischen Regierung begründet. Zudem wurde angeführt, dass die auf Kuba herrschende Planwirtschaft zu Ineffizienz, Mangel und bürokratischer Erstarrung, zu Verschwendung von Arbeitskraft und Rohstoffen sowie zu weitgehender Abtötung von Eigeninitiative und Kreativität geführt habe (vgl. Krugmann-Randolf 1990). In der Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurden somit vorrangig das System, weniger jedoch die innenpolitische Praxis bzw. konkrete Menschenrechtsverstöße als Begründung für die Einstellung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit angeführt. Dass in der Einschätzung des BMZ weniger die aktuelle Situation auf Kuba als vielmehr die tradierten Vorstellungen von sozialistischen Systemen im allgemeinen zum Tragen kamen, zeigt sich auch darin, dass dem BMZ der Abschlußbericht des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorlag, der zu einem zu Warnkes Einschätzung diametral entgegengesetzten Ergebnis kam: Darin wurde die kubanische Seite für den besonders verantwortungsvollen Umgang mit Entwicklungshilfegeldern, das meist vorzeitige Erreichen der Projektziele und die "peinlich genaue" Überwachung der Vorhaben gelobt und als ein in hohem Maße geeigneter Partner für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit eingestuft.<sup>12</sup> Der Bericht blieb jedoch ohne erkennbaren Einfluss auf die Entscheidung des BMZ. Das innerhalb der Regierung aus CDU und FDP vorherrschende Perzeptionsmuster, demzufolge jede sozialistische Staatsordnung quasi per definitionem einzig als dauerhaftes Terrorsystem vorstellbar war, zeigt sich auch in der Gleichsetzung Castros mit Stalin, wie sie in einer 1990 getroffenen Äußerung des damaligen Staatssekretärs im BMZ, Hans-

---

<sup>12</sup> Dieser Abschlußbericht war das Ergebnis einer im Februar 1990 durchgeführten entwicklungspolitischen Informationsreise nach Kuba, an der die beiden Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD) und Heinrich Pohlmeier (CDU), Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des AwZ, teilnahmen (vgl. Meyer 1990).

Peter Repnik, erfolgte (Meyer 1990b). Dass dies bei aller berechtigten Kritik am politischen System Kubas in dieser Form nicht zutraf, bestätigen selbst Regimekritiker. Die an der Formel "Politische Reformen als Voraussetzung für Kooperation" ausgerichtete und in einem parlamentarischen Beschluss von 1993 ausformulierte Haltung blieb bis zum Ende der CDU-FDP-Regierungen für die deutsche Kuba-Politik maßgebend und zeigte sich auch in der bundesdeutschen Position auf EU-Ebene: Als 1995 die spanische Regierung den Antrag einbrachte, Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kuba aufzunehmen, erwies sich insbesondere die deutsche Seite zusammen mit den Vertretern anderer EU-Regierungen als ein Gegner dieses Vorhabens und stellte sich den spanischen Plänen energisch entgegen.<sup>13</sup>

Trotz der insgesamt restriktiven Haltung der Bundesregierung gegenüber Kuba und der Entscheidung, die bilaterale staatliche Zusammenarbeit nicht fortzusetzen, kamen die Beziehungen zwischen Kuba und Deutschland im Bereich der Entwicklungshilfe jedoch keineswegs zum Erliegen; so ließ die Bundesregierung der kubanischen Seite auch weiterhin finanzielle Mittel zukommen, die über Nichtregierungsorganisationen und im Rahmen von EU-Entwicklungshilfefonds abgewickelt wurden. Darüber hinaus unterhalten seit Ende der 80er Jahre zahlreiche karitative Hilfsorganisationen, deutsche Parteienstiftungen<sup>14</sup> und die PDS-nahe "Cuba Sí" eigene Förderprojekte, die aus überwiegend privaten Mitteln bestritten werden. Wenngleich dies die durch die Einstellung der DDR-Entwicklungshilfe verursachten Einbußen nicht ausgleichen konnte, blieb Deutschland damit auch nach der Wiedervereinigung ein Kooperationspartner im Bereich der Entwicklungshilfe.

Das wiedervereinte Deutschland sah sich jedoch nicht nur mit dem entwicklungspolitischen Erbe der DDR konfrontiert, sondern übernahm als deren Rechtsnachfolgerin auch die DDR-Außenstände gegenüber Drittstaaten. Im Falle Kubas beliefen sich die Forderungen auf 800 Mio. Transferrubel, die nun zu den bereits vorhandenen Forderungen der alten Bundesrepu-

<sup>13</sup> Vgl. *El País* 11.12.1995.

<sup>14</sup> Die intensivsten Beziehungen zu Kuba unterhält die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Darüber hinaus sind die Hanns-Seidel-Stiftung mit den Themenschwerpunkten Wirtschaft, Tourismus und Bildung und neuerdings die Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik auf Kuba engagiert. Während die FES die Zusammenarbeit mit der kubanischen Regierung in den Vordergrund ihrer Arbeit stellt, legen die beiden anderen Stiftungen besonderes Gewicht auf die Stärkung der kubanischen Zivilgesellschaft und bevorzugen die Zusammenarbeit mit von direktem staatlichen Einfluss vergleichsweise unabhängigen Institutionen.

blik gegenüber Kuba in Höhe von annähernd 30 Mio. DM Handelsschulden traten und der Altschuldenproblematik angesichts des nun beträchtlich angestiegenen Gesamtvolumens eine deutlich höhere Brisanz verliehen. Die kubanische Regierung erkannte die Existenz der aus Warengeschäften resultierenden Verbindlichkeiten gegenüber der DDR grundsätzlich an, lehnte den von der Bundesregierung errechneten Transferrubelbetrag jedoch mit dem Hinweis ab, dass nicht alle mit der DDR vertraglich vereinbarten Warenlieferungen tatsächlich erfolgt seien; strittig blieben auch die Zahlungsmodalitäten, hier vor allem die Umbewertung der Transferrubel-Außenstände in D-Mark. Der von der Bundesregierung geforderte Wechselkurs wurde von der kubanischen Seite als überhöht abgelehnt. Auch hinsichtlich des Rückzahlungszeitraums konnte keine Einigung erzielt werden. Die von der deutschen Seite geforderte Wiederaufnahme des Schuldendienstes wurde von der kubanischen Regierung unter Verweis auf die angespannte Wirtschaftslage abgelehnt.

Während die Bundesrepublik mit allen anderen ehemaligen RGW-Staaten bis zur Mitte der 90er Jahre Umschuldungsabkommen abschloss – im Falle Russlands wurde vereinbart, die DDR-Altschuldenfrage zunächst ruhen zu lassen und die Verhandlungen erst im neuen Jahrtausend aufzunehmen –, blieb damit die Altschuldenproblematik mit Kuba als einzigem RGW-Land ungelöst. Eine Lösung des Schuldenproblems zwischen Kuba und Deutschland wurde auch dadurch erschwert – und hierin zeigt sich einmal mehr die Dominanz externer Faktoren für die bilateralen Beziehungen –, dass die deutsch-kubanischen Schuldenverhandlungen aufs engste mit der ebenfalls ungelösten Altschuldenfrage Kubas gegenüber Russland verbunden waren. Jedwede Einigung zwischen der kubanischen und deutschen Seite hätte sich angesichts der Präzedenzfunktion unweigerlich auf die Verhandlungen Kubas mit Russland auswirken müssen.

Die seit 1986 ungelöste und mit der Wiedervereinigung erschwerte Schuldenproblematik belastete jedoch nicht nur die politische Agenda, sondern hatte darüber hinaus weitreichende Auswirkungen für die wirtschaftlichen Beziehungen, da die Bundesregierung den Einsatz von staatlichen Instrumenten zur Außenhandelsförderung im Falle Kubas aussetzte. Der Einsatz dieser Instrumente, die für die Wirtschaftsbeziehungen mit kapital-schwachen Ländern von fundamentaler Bedeutung sind, setzt vielmehr deren risikomäßige Vertretbarkeit voraus, die aufgrund der ungeklärten Altschuldenfrage im Falle Kubas jedoch nicht gegeben war. Deutsche Unternehmen haben daher, ganz im Gegensatz zur europäischen und kanadischen Konkur-



renz, nicht die Möglichkeit, das Risiko eines Kuba-Engagements durch staatlich eingeräumte Bürgschaften abzusichern. Die Aussetzung insbesondere von Hermes-Krediten wird seitens der deutschen Wirtschaft als eines der Haupthindernisse zur Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angeführt (Bundesverband der Deutschen Industrie 1999: 4f.) und ist mitverantwortlich für die Unterrepräsentanz deutscher Unternehmen im kubanischen Außenhandel und im Bereich der Direktinvestitionen.<sup>15</sup> Appelle der deutschen Wirtschaft, diese Benachteiligung deutscher Unternehmen zu beenden, wurden von der Bundesregierung lange zurückgewiesen.

Während mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Mehrzahl der west-europäischen Länder die Beziehungen zu Kuba trotz einzelner "Verstimmungen" intensivieren konnte, blieb eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Kuba sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene aus (Roy 1999: 33ff.). Die bundesdeutsche Haltung zu Kuba erwies sich jedoch nicht nur im Vergleich zur Politik der europäischen Nachbarn, sondern auch zur eigenen außenpolitischen Praxis in anderen Fällen als besonders restriktiv. So wurden die von der Bundesregierung im Falle Kubas als Begründung für den Abbruch der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit angeführten Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen nicht nur im Falle Chinas, sondern auch bei strategisch weniger bedeutsamen Ländern wesentlich nachsichtiger ausgelegt und führten selbst bei offensichtlichen Verstößen keineswegs zu einer vergleichbaren restriktiven Haltung (Florentino Graupera 1997: 26f.). Im Falle Äthiopiens, sicherlich kein Musterland in Fragen der Demokratie und Menschenrechte, wurden die entwicklungspolitischen Projekte der DDR nicht nur fortgesetzt, sondern auf eine Rückzahlung der gegenüber der DDR angefallenen Schulden, annähernd die Hälfte des von Kuba geforderten Betrages, gänzlich verzichtet. Ähnliches gilt für Mosambik, Angola und Vietnam, mit denen die Kooperationsprojekte der DDR fortgeführt wurden. Auch die außer Kuba allen RGW-Staaten angebotenen Umschuldungsmaßnahmen bzw. im Falle Russlands vereinbarte Aussetzung der Verhandlungen zeigt, dass die Bundesregierung in den Schuldenverhand-

---

<sup>15</sup> Auf Kuba tätige deutsche Unternehmen sind u.a. Mercedes-Benz (mit einer Niederlassung ihrer ägyptischen Tochterfirma!!), das Chemie-Unternehmen Messer-Griesheim (Tochterunternehmen des Hoechst-Konzerns) und die Chartergesellschaft LTU. Deutsche Unternehmen waren 1998 mit lediglich 0,3% an den auf Kuba getätigten Direktinvestitionen aus dem EU-Raum beteiligt. Der deutsche Anteil an den kubanischen Exporten in die EU lag 1998 bei 5,1% (Spanien 25,5%, Frankreich 10,8%), an den kubanischen Importen aus der EU bei 6,1% (Spanien 43,1%, Frankreich 21,5%) (vgl. IRELA 2000: 80f.).

lungen durchaus Gestaltungsspielräume gewährte, die sie gegenüber Kuba jedoch nicht auszuschöpfen bereit war. In der Abwicklung des außenpolitischen Erbes der DDR durch die Bundesregierung nahm Kuba damit sowohl im Bereich der Entwicklungspolitik als auch der Altschuldenfrage eine Sonderstellung ein, die, wenngleich von Regierungsvertretern verneint, eine Normalisierung der Beziehungen als unerwünscht erscheinen lässt. Die im Gegensatz zum einhelligen internationalen Protest (Petras/Morley 1996: 270ff.) äußerst verhaltene Reaktion der Bundesregierung auf die extraterritoriale Ausdehnung der Embargo-Bestimmungen im Rahmen des 1992 ratifizierten *Cuban Democracy Act* (besser bekannt als "Torricelli-Gesetz"), die sich im wesentlichen auf einen Hinweis auf den Protest der EG und anderer EG-Mitgliedstaaten beschränkte,<sup>16</sup> sowie die weitest gehende Entsprechung der deutschen Politik mit den extraterritorialen Bestimmungen dieses Gesetzes lässt vielmehr den Schluss zu, dass die Bundesregierung in der Kursbestimmung ihrer Politik neben ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung zum sozialistischen Kuba vorrangig um Konfliktvermeidung im transatlantischen Verhältnis bedacht war.

#### 4. Der Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union zu Kuba

Im Rahmen des fortschreitenden Integrationsprozesses innerhalb der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union gewann auch die politische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Fragen der internationalen Politik zunehmend an Bedeutung und erhielt in Gestalt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einen institutionellen Rahmen, der mittels eines erweiterten Instrumentariums die Möglichkeit zur Formulierung und Umsetzung einer kohärenten Außenpolitik der EU-Staaten grundsätzlich verstärkte. Im Falle Kubas entschieden die Mitgliedstaaten, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und die nationalen Positionen aufeinander abzustimmen. Zentrales Instrument der gemeinsamen Außenpolitik gegenüber Kuba bildet der 1996 beschlossene und seitdem halbjährlich bestätigte Gemeinsame Standpunkt, der für die außenpolitischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten einen übergreifenden Gestaltungsrahmen darstellt.<sup>17</sup> Damit erhielt die deutsche Kuba-Politik erstmals ein ausformuliertes Konzept.

<sup>16</sup> Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/3873 vom 26.11.1992.

<sup>17</sup> Gemeinsamer Standpunkt 96/697/GASP [ABl.C 322 vom 12.12.1996], Bulletin EU 12-1996.

Wenngleich die Initiative zur Formulierung eines Gemeinsamen Standpunktes zu Kuba von Spanien ausging, zählte die Bundesregierung zu einem der Hauptbetreiber während der Vorbereitungsphase und trug wesentlich zur Gestaltung und zum Zustandekommen des Standpunktes bei.<sup>18</sup> Das Interesse der Bundesregierung an einer koordinierten Außenpolitik gegenüber Kuba war jedoch weniger von dem Wunsch geprägt, der bisherigen deutschen Kuba-Politik eine neue Ausrichtung zu geben,<sup>19</sup> sondern gründete vornehmlich in Überlegungen strategischen Ursprungs, die über die Beziehungen zu Kuba weit hinausreichten:

1. Mit der verschärften Ausweitung der US-Sanktionspolitik auf Drittstaaten durch das im März 1996 verabschiedete Helms-Burton-Gesetz wurde Kuba zu einem bis dahin einzigartigen Streitfall zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, der in den Folgemonaten in einem Handelskrieg zu eskalieren drohte und die erst kurz zuvor errichtete Welthandelsorganisation (WTO) an den Rand des Scheiterns führte.<sup>20</sup> Die Bundesrepublik, wichtigste Handelsmacht innerhalb der Europäischen Union mit engsten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA, wäre von einer Krise der WTO und einem Handelskrieg mit seinem zweitwichtigsten Wirtschaftspartner in höchstem Maße in Mitleidenchaft gezogen worden; die Bundesregierung war daher, wenngleich sie sich uneingeschränkt den Gegenmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten anschloss, an einer Beilegung des Konfliktes sehr interessiert.<sup>21</sup> Das Zustandekommen eines Gemeinsamen Standpunktes zu Kuba, in dem eine künftige Zusammenarbeit an Demokratie- und Menschenrechtsstandards konditioniert wurde, sollte aus Sicht der Bundesregierung die Außenpolitik der EU-Staaten der US-Haltung annähern und damit eine grundsätzliche Verständigung mit den USA erleichtern.<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Zur Entstehungsgeschichte des Gemeinsamen Standpunktes siehe IRELA (1996b).

<sup>19</sup> Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Willibald Jacob, Steffen Tippach, Dr. Winfried Wolf und der Gruppe der PDS, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6606 vom 18.12.1996.

<sup>20</sup> Eine Darstellung des Konfliktes unter besonderer Berücksichtigung der spanischen Perspektive findet sich bei Roy (1998) (vgl. auch Hoffmann 1996).

<sup>21</sup> Interview mit Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, 15.9.1999.

<sup>22</sup> Tatsächlich wurde der Gemeinsame Standpunkt von US-amerikanischen Regierungsvertretern als Schritt in die richtige Richtung gewertet. Der Konflikt konnte schließlich im April 1997 entschärft werden. In dem im Mai 1998 in London unterzeichneten *Understanding* verpflichtete sich der US-Präsident zur Aussetzung des umstrittenen Artikels III des Helms-Burton-Gesetzes; die EU-Mitgliedstaaten verzichteten ihrerseits auf eine Kla-

2. Innerhalb der Staaten der Europäischen Union zählt die Bundesrepublik zu den klaren Befürwortern einer gestärkten gemeinsamen Außenpolitik. Das Zustandekommen eines Gemeinsamen Standpunktes zu Kuba, dem bis heute einzigen zu Lateinamerika, wurde seitens der Bundesregierung als ein weiterer Schritt gewertet, den nationalen Außenpolitiken der einzelnen Mitgliedstaaten ein gemeinsames außenpolitisches Profil zu verleihen und damit die GASP grundsätzlich zu stärken.<sup>23</sup> Zudem sollte mit der Aufnahme der im Gemeinsamen Standpunkt enthaltenen Leitideen – Konditionierung einer Zusammenarbeit an Menschenrechts- und Demokratiestandards, Fortführung des politischen Dialogs, Verzicht auf Zwangsmaßnahmen – eine als idealtypisch erachtete außenpolitische Strategie gefestigt werden, der nach Ansicht der Bundesregierung für das künftige internationale Profil der Europäischen Union insbesondere im Umgang mit "Problemländern" besonderes Gewicht zukommen sollte.<sup>24</sup> Aus deutscher Sicht wurde dem Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba damit auch eine Modellfunktion eingeräumt.

Inhaltlich basiert der im Dezember 1996 beschlossene Gemeinsame Standpunkt zu Kuba auf einer Doppelstrategie: Zum einen sollen durch eine Intensivierung des politischen Dialogs mit der kubanischen Regierung sowie regierungsunabhängigen Gruppen ein friedlicher Übergang zu einer pluralistischen Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte gefördert werden; zum anderen werden für den Fall, dass die kubanische Regierung einen Demokratisierungsprozess einleitet, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und verstärkte Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt. Im Umkehrschluss bedeutet dies die Ablehnung einer engeren Kooperation mit Kuba unter den gegebenen Systemverhältnissen. Mit dieser Doppelstrategie stand der Gemeinsame Standpunkt durchaus im Einklang mit der damaligen Kuba-Politik der Bundesregierung. Allerdings erlaubt der Zusatz, dass die Europäische Union auch ohne erkennbare Anzeichen für einen politischen Wandel "falls erforderlich [...] humanitäre Hilfe leisten sowie gezielte Maßnahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit unterstützen" werde, eine durchaus groß-

---

ge vor der WTO und sicherten zu, keine Investitionen in enteigneten US-Besitz zu fördern.

<sup>23</sup> Interview mit Vertretern der deutschen Botschaft in Havanna, 30.7.1999.

<sup>24</sup> Der im Vorfeld der Beratungen zum Gemeinsamen Standpunkt eingebrachte Vorschlag der spanischen Seite, der auf eine konfrontative Strategie im Umgang mit Kuba abzielte und die Möglichkeiten des politischen Dialogs beeinträchtigt hätte, wurde von der deutschen ebenso wie von der Mehrzahl der anderen EU-Regierungen daher abgelehnt.

zügige Auslegung des Standpunktes und damit hinsichtlich der praktischen Durchführung breiten Gestaltungsspielraum. Tatsächlich weisen die bilateralen Beziehungen der einzelnen EU-Staaten zu Kuba auch nach Verabschiedung des Gemeinsamen Standpunktes ein hinsichtlich der Quantität und Qualität der Zusammenarbeit breitgefächertes Spektrum auf.

Die bis 1998 amtierende CDU-FDP-Regierung legte ihrerseits die im Gemeinsamen Standpunkt erwogene Möglichkeit einer begrenzten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Vergleich zur Mehrzahl der EU-Staaten eindeutig restriktiv aus und folgte damit ihrer bisherigen außenpolitischen Praxis gegenüber Kuba. Der von der Mehrheit der EU-Länder vertretene und angewandte Grundsatz, eine Intensivierung der Zusammenarbeit könne zu einem Demokratisierungsprozess beitragen, wurde seitens der deutschen Regierung mit der Begründung abgelehnt, dass eine engere Zusammenarbeit ohne erkennbare Reformbereitschaft der kubanischen Regierung die erwünschte politische Öffnung hinauszögern und den Status quo der Castro-Regierung vielmehr festigen würde.

Das Festhalten der Bundesregierung an den bisherigen Positionen zeigte sich auch am unveränderten Abstimmungsverhalten im Rahmen der UNO-Generalversammlungen, in denen sich die Bundesregierung traditionell einer Verurteilung der US-Sanktionspolitik verweigerte.<sup>25</sup> Der im Zuge der internationalen Ablehnung der Helms-Burton-Gesetzgebung auch in konservativen Kreisen zu verzeichnende Trend einer Solidarisierung mit Kuba, der sich in einer Verurteilung der US-Isolationspolitik durch eine wachsende Zahl westlicher Länder zeigte, fand zumindest in bezug auf die offizielle Haltung der Bundesregierung keine Entsprechung (vgl. IRELA 1998: 1; Roy 1998: 233, 240).

Der Stellenwert des Gemeinsamen Standpunktes für die Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten zu Kuba darf angesichts des Festhaltens an den bisherigen nationalen Positionen sicherlich nicht überbewertet werden (vgl. IRELA 2000: 47f.). Trotz der realpolitisch zunächst kaum erkennbaren Auswirkungen besteht die Bedeutung des Standpunktes jedoch vor allem in der damit verbundenen strategischen Neuausrichtung der Beziehungen, der

---

<sup>25</sup> In der offiziellen Regierungsrhetorik wurde die wirtschaftliche Krise Kubas ausschließlich auf die inneren Strukturdefizite der Planwirtschaft zurückgeführt; der US-Sanktionspolitik wurde in ihren Auswirkungen für die kubanische Volkswirtschaft hingegen keine weitreichende Relevanz zugesprochen; vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6606 vom 18.12.1996.

zufolge einer gesamteuropäisch definierten Kuba-Politik größeres Gewicht eingeräumt wurde, womit die bislang ausschließlich auf nationaler Ebene erfolgte Positionsbestimmung eine zusätzliche europäische Dimension erhielt. Vor diesem Hintergrund muss jeder nationale Alleingang, der aus dem Reigen der mehrheitlich praktizierten Politik ausschert, als Gefährdung des selbst gesteckten Ziels eines gesamteuropäischen Profils der Kuba-Politik erscheinen, wodurch der grundsätzliche Druck erhöht wurde, Extrempositionen anzupassen. Umgekehrt bietet das Zusammenrücken der EU-Länder gegenüber Kuba den einzelnen Mitgliedstaaten, und damit auch der Bundesrepublik, durchaus erweiterte Gestaltungsspielräume gegenüber den USA, da angesichts des gestiegenen Gewichts der Europäischen Union die politischen Kosten einer von den USA differierenden Kuba-Politik deutlich sanken. Die von einer wachsenden Zahl der Mitgliedstaaten vollzogene Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu Kuba, die sich u.a. in einer zunehmenden Dichte unterschiedlichster Abkommen zeigt, wie auch die gestiegene Bereitschaft der EU-Länder, den Annäherungsprozess zwischen Kuba und der Europäischen Union im Rahmen der Lomé-Nachfolgeverhandlungen zu unterstützen (im März 2000 hat die kubanische Regierung jedoch überraschend den Antrag auf Mitgliedschaft zurückgezogen; siehe hierzu Fußnote 30), können als Hinweise gewertet werden, dass die Mitgliedstaaten von ihrer bisherigen Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu einer mehrheitlich getragenen Politik der Annäherung übergehen.

### **5. Der Regierungswechsel von 1998: Eine neue deutsche Kuba-Politik?**

Die von Beobachtern vielzitierte Kontinuität der deutschen Außenpolitik nach der Regierungsübernahme durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen lässt sich für die deutsche Politik gegenüber Kuba nicht feststellen. Hier kam es zu einer deutlichen Revision der bislang restriktiven Haltung und einer Anpassung an eine bereits von der Mehrzahl der westlichen Länder praktizierte Außenpolitik gegenüber Kuba. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der Entwicklungshilfe: So beschloss die neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, im Dezember 1999 die Aufnahme einer erstmaligen Zusammenarbeit mit der kubanischen Regierung auf entwicklungspolitischer Ebene, die im Rahmen eines Umweltschutzprojektes eine finanzielle Förderung in einem Gesamtvolumen von elf Millionen DM vorsieht.<sup>26</sup> Diesem Projekt kommt trotz der

---

<sup>26</sup> Pressemitteilung des BMZ vom 17.12.1999.

eher geringen finanziellen Ausstattung angesichts seiner Initialfunktion besondere Bedeutung zu, verdeutlicht es doch die Abkehr vom bisherigen entwicklungspolitischen Konzept für Kuba (Wandel als Voraussetzung für Kooperation) und die grundsätzliche Bereitschaft der neuen Bundesregierung, von der im Gemeinsamen Standpunkt vorgesehenen Möglichkeit einer engeren Kooperation stärkeren Gebrauch zu machen. Mit dieser auf die Formel "Wandel durch Zusammenarbeit" gebrachten Neuausrichtung der deutschen Entwicklungshilfe gegenüber Kuba verbindet das BMZ die Erwartung, die Reformbereitschaft der kubanischen Regierung grundsätzlich zu erhöhen und durch die Inaussichtstellung einer Intensivierung der Beziehungen künftige Menschenrechtsverstöße zu verhindern.

Die Bereitschaft der neuen Bundesregierung, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, zeigt sich auch in der Frage der Altschulden. Hatte die Vorgängerregierung eine Umschuldung noch kategorisch abgelehnt, konnte bei einem im März 2000 in Berlin stattfindenden Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Müller und dem kubanischen Vizepräsidenten Lage eine grundsätzliche Verständigung hinsichtlich der Altschuldenfrage erreicht werden, deren Kern in einer langfristig angelegten Umschuldungsmaßnahme besteht.<sup>27</sup> Damit konnte nicht nur ein die bilaterale Agenda besonders belastender Konfliktpunkt überwunden, sondern durch die damit verbundene Möglichkeit zur Gewährung von Wirtschaftsförderinstrumenten, insbesondere Hermes-Bürgschaften, eine wesentliche Voraussetzung für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen geschaffen werden.

Die Revision der bisherigen deutschen Positionen zu Kuba zeigte sich auch in der veränderten Haltung der neuen Bundesregierung zur Kuba-Politik der USA: Gehörte die Bundesrepublik traditionell zum Kreis derjenigen Staaten, die in den innerhalb der UN-Generalversammlungen ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Kuba eine grundsätzlich US-freundliche Haltung einnahm, bedeutete das jüngst von deutscher Seite abgegebene Votum zur Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba einen klaren Bruch mit der bisherigen außenpolitischen Praxis und verdeut-

---

<sup>27</sup> Das Umschuldungsabkommen umfasst sowohl die gegenüber der DDR angefallenen Transferrubelverbindlichkeiten als auch die aus den 80er Jahren stammenden Handelschulden gegenüber der Bundesrepublik. Für diese auf insgesamt 230 Mio. DM festgelegten Schulden wurde ein Rückzahlungszeitraum von 21 Jahren vereinbart. Damit ist die Bundesregierung der kubanischen Seite sowohl hinsichtlich des zugrundegelegten Transferrubelkurses als auch des Rückzahlungszeitraumes deutlich entgegengekommen. Vereinbarungsgemäß stellt die Bundesregierung nach dem inzwischen erfolgten Eingang der ersten Rate wieder Hermes-Bürgschaften zur Verfügung.



licht die Bereitschaft, hinsichtlich der Beziehungen zu Kuba aus dem Schatten der US-Politik hervorzutreten. Sicherlich darf dieser Schritt nicht überbewertet werden – auch die neue Regierung hat die traditionell engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA fortgesetzt und entgegen allen Unkenrufen bereits mehrfach bewiesen, dass sie der deutsch-US-amerikanischen Partnerschaft größte Bedeutung beimisst; dennoch zeigt sich hier sehr deutlich, dass die Bundesregierung der deutschen Kuba-Politik ein eigenständigeres Profil verleiht und bilateralen Themen eine größere Eigen gewichtigkeit einräumt. Auch der Umstand, dass die politischen Zusammenkünfte von deutscher Seite nicht mehr ausschließlich auf nachgelagerte Instanzen beschränkt bleiben, sondern unter zunehmender Beteiligung höchster Regierungsstellen erfolgen, unterstreicht den gestiegenen Stellenwert, der Kuba in den Außenbeziehungen der Bundesrepublik beigemessen wird.<sup>28</sup> Damit hat die neue Bundesregierung deutlich gemacht, dass sie im Gegensatz zu den USA die kubanische Regierung als wichtigsten und legitimen Ansprechpartner betrachtet und mittels des politischen Dialogs Reformkräfte innerhalb des Regimes zu stärken sucht. Gespräche mit oppositionellen Kräften in und außerhalb Kubas werden zwar geführt, sind in ihrer Bedeutung jedoch nur zweitrangig.

Welches sind die Gründe für diese zu beobachtende Revision der deutschen Kuba-Politik?

Eine wesentliche Ursache für diese außenpolitische Trendwende ist sicherlich in der grundsätzlich positiveren Grundhaltung innerhalb der SPD gegenüber Kuba und der kubanischen Revolution zu sehen, die, ganz im Gegensatz zur tief verwurzelten antisozialistischen Haltung innerhalb der CDU, einen wesentlich pragmatischeren Umgang mit Kuba pflegte und seit den frühen 80er Jahren in einem regelmäßigen Austausch mit kubanischen Regierungs- und Parteivertretern steht. Die auf Kuba stattgefundenen Treffen zwischen Fidel Castro und Heidemarie Wieczorek-Zeul (1982), Willy Brandt (1984), Oskar Lafontaine (1988), Gerhard Schröder (1996) und Manfred Stolpe (1997), die Existenz eines Kuba-Arbeitskreises innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion sowie das intensive Kuba-Engagement der SPD-

---

<sup>28</sup> Anzuführen sind das Treffen von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer mit dem kubanischen Staats- und Regierungschef Castro in Rio de Janeiro (Juni 1999), die Gespräche zwischen Bundeswirtschaftsminister Müller, der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Wieczorek-Zeul und dem kubanischen Vizepräsidenten Lage in Berlin (März 2000) und die im Mai 2000 realisierte Reise von Wieczorek-Zeul nach Kuba, dem ersten offiziellen Besuch eines bundesdeutschen Regierungsmitgliedes nach 1959.

nahen Friedrich-Ebert-Stiftung geben hiervon ein beredtes Zeugnis. Auch innerhalb der Grünen überwiegt ein positiver Grundtenor gegenüber Kuba, der vor allem auf den bundesdeutschen linken Parteiflügel zurückgeht; durch den Zusammenschluss der Grünen mit der gegenüber sozialistischen Staatsformen wesentlich kritischer eingestellten Bürgerrechtsbewegungen des Bündnis '90 hat sich das bis in die 80er Jahre hinein durchweg positive Kuba-Bild innerhalb der Partei jedoch deutlich zugunsten einer stärkeren Betonung der Menschenrechtslage auf Kuba verlagert.<sup>29</sup> Wenngleich damit die Grünen sicherlich keine treibende Kraft zur Intensivierung der deutsch-kubanischen Beziehungen darstellten, steht die Parteispitze dem gegenwärtigen Annäherungsprozess jedoch grundsätzlich positiv gegenüber.

Ein weiterer, wenngleich hinsichtlich seiner Wirksamkeit kaum nachzuweisender Anlass für eine Revision der deutschen Kuba-Politik ergab sich aus der zunehmend isolierten Rolle, die die außenpolitische Praxis der Bundesregierung innerhalb der EU-Staaten eingenommen hatte und die die Glaubwürdigkeit einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik gegenüber Kuba in Frage stellen musste. Eine Anpassung der deutschen Kuba-Politik an die außenpolitische Praxis der EU-Staaten in der oben beschriebenen Form wurde daher als längst überfälliger Schritt gewertet, der Kuba-Politik der EU ein einheitlicheres Profil zu verleihen. Aber vor allem der neuerliche Annäherungsprozess zwischen der Europäischen Union und Kuba, der sich durch die Teilnahme Kubas an den Nachfolgeverhandlungen der Lomé-Verträge vollzog und eine künftige enge Zusammenarbeit in Aussicht stellte, legte eine Anpassung der bislang restriktiven Politik nahe. Im Falle einer Aufnahme Kubas in den Kreis der AKP-Staaten hätte eine fortgesetzte Distanzierungspolitik der Bundesregierung einmal mehr im deutlichen Widerspruch zur außenpolitischen Praxis der Europäischen Union gestanden. Bis zur überraschenden Rücknahme des Antrags seitens der kubanischen Regierung Mitte März 2000 hatten die EU-Mitgliedstaaten eine zunehmende Bereitschaft zur Aufnahme Kubas signalisiert.<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> Auch der jetzige Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes stammt aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung und dürfte in nicht unerheblichem Maße zur kritischen Haltung des Grünen-Außenministers Joschka Fischer gegenüber Kuba beigetragen haben. Zur Haltung der Grünen in den 80er Jahren siehe den Abschlussbericht von Bott/Dittfurth/Zieran 1988.

<sup>30</sup> Die kubanische Regierung begründete diesen Schritt mit dem im Rahmen der UN-Menschenrechtskommission abgegebenen Votum der EU-Staaten, die sich mehrheitlich einer Verurteilung Kubas anschlossen. Trotz des gegen Kuba gerichteten Votums haben zahlreiche Beobachter der Verhandlungen den meisten EU-Staaten bis zuletzt eine

Forderungen nach einer Normalisierung der Beziehungen kamen zudem von Seiten der deutschen Wirtschaft, die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein reges Interesse an einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba zeigte und die Bundesregierung wiederholt aufgefordert hatte, bessere Rahmenbedingungen für ein Kuba-Engagement zu schaffen (Bundesstelle für Außenhandelsinformation 1999). Auch die steigende Zahl deutscher Kuba-Touristen – für die nächsten Jahre wird erwartet, dass Deutschland die größte Touristengruppe auf Kuba stellen wird – hat längst das Interesse der deutschen Tourismusindustrie an Kuba als einem der wichtigsten Fernreiseziele geweckt. Zudem bieten die von der kubanischen Regierung im Bereich des Tourismus vorgesehenen Infrastrukturvorhaben, aber auch die Existenz von ca. 30.000 in der DDR aus- bzw. weitergebildeten Kubanern mit Deutschkenntnissen<sup>31</sup> attraktive Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen, die jedoch ohne geeignete politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegenüber der ausländischen Konkurrenz deutlich benachteiligt werden. Hierdurch hat sich ein zunehmender politischer Handlungsbedarf ergeben, der bereits die CDU-FDP-Regierung 1996 gegen anfänglichen Widerstand aus den eigenen Reihen zur Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens mit der kubanischen Regierung veranlasst hatte. Das Festhalten an einer Distanzierungspolitik, dies zeigt auch das verstärkte Engagement des BDI-Präsidenten Henkel gegenüber Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel,<sup>32</sup> stieß innenpolitisch auf zunehmendes Unverständnis (Pressezentrum des Deutschen Bundestages 1997).

---

grundsätzlich hohe Bereitschaft zur Aufnahme Kubas bei den Lomé-Nachfolgeverträgen attestiert. Das von der kubanischen Seite vorgebrachte Argument, der Rückzug Kubas stelle lediglich die Vorwegnahme einer zu erwartenden negativen Entscheidung der EU-Staaten bei der für Juni 2000 angesetzten Vertragsunterzeichnung dar, muss daher angezweifelt werden.

<sup>31</sup> Wenngleich diese Episode der deutsch-kubanischen Beziehungen noch der weiteren Aufarbeitung bedarf, scheint, wie jüngere Untersuchungen vermuten lassen, die vielgepriesene Weiterbildung kubanischer Facharbeiter in der DDR jedoch nur bedingt zutreffend gewesen zu sein. Vielmehr scheint der Austausch billiger Arbeitskräfte im Vordergrund gestanden zu haben, die der kubanischen Regierung im Gegenzug zusätzliche, von der DDR verrichtete Lohnzahlungen einbrachte. Bei den in die DDR geschickten Kubanern handelte es sich offenbar meist um ungelernte Arbeiter, die, von DDR-Bürgern weitestgehend abgeschottet, einfache Tätigkeiten ausübten. Von weitreichender beruflicher Qualifikation und der Aneignung umfangreicher Deutschkenntnisse kann demzufolge nur bedingt gesprochen werden (vgl. Franzbach 1995).

<sup>32</sup> *Der Spiegel*: "Der Fundi und das Fossil", 17.5.1999; *Handelsblatt*: "Wachstumsmärkte in Lateinamerika", 18.5.1999.

Die Neugestaltung der außenpolitischen Beziehungen zu Kuba ist somit gleichermaßen Ausdruck einer parteiinternen Affinität der neuen Regierung wie externer Entwicklungen, die eine Revision der bisherigen Positionen nahe legten. Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft zu einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen gestaltet sich das Verhältnis der neuen Bundesregierung zu Kuba jedoch keineswegs konfliktfrei: Besonders die seit geraumer Zeit zu beobachtende innenpolitische Verhärtung und wiederholte Repressalien gegen kubanische Oppositionelle werden mit großer Besorgnis verfolgt und haben zu einer deutlich distanzierteren Haltung gegenüber der kubanischen Regierung geführt.<sup>33</sup> Diese kritische Haltung zeigt sich auch in den beiden, in zeitlich dichter Folge unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft ausgesprochenen Erklärungen zu Kuba, in denen die innenpolitische Verhärtung und die damit verbundene Strafrechtsverschärfung verurteilt werden.<sup>34</sup>

Im Umgang mit Kuba, der sich durch eine grundsätzliche Annäherung bei gleichzeitiger verstärkter Beachtung einzelner Menschenrechtsverstöße auszeichnet, zeigt sich ein Trend, der allgemein für die außenpolitische Praxis der neuen Regierung kennzeichnend ist: Wurden die politischen Systembedingungen zur Beurteilung der Menschenrechtslage seitens der Vorgängerregierung wesentlich stärker gewichtet, rückt die jetzige rot-grüne Regierung die innenpolitische Praxis und konkrete Fälle von Menschenrechtsverstößen stärker in den Vordergrund. Systemdefizite hingegen können nach Ansicht der neuen Regierung nicht durch Blockade, sondern nur durch Einbindung überwunden werden. Die Aussage von Bundeskanzler Schröder am Rande des Rio-Gipfels von 1999, man wisse, dass Kuba eine Diktatur sei, verdeutlicht diese Haltung; mit der "Erfahrung, die wir in Deutschland mit autoritären Regimes gemacht haben, wissen wir aber, dass die beste Methode ihre Integration ist", fügte er hinzu.<sup>35</sup> Nicht das politische System, sondern die tatsächliche Einhaltung von Menschenrechten werden – zumindest in der außenpolitischen Programmatik – zum Hauptkriterium einer Zusammenarbeit und wären bei verstärkter Nichtbeachtung Anlass für eine restriktivere Haltung. Sollte sich der gegenwärtig zu verzeichnende Verhärtungskurs der kubanischen Regierung daher fortsetzen, könnte sich die bislang

<sup>33</sup> Zur Verschärfung des innenpolitischen Kurses der kubanischen Regierung siehe Gratius (1999).

<sup>34</sup> Erklärung der Präsidentschaft im Namen der Europäischen Union zur Verurteilung der vier Mitglieder der "Internen Dissidentengruppe" in Havanna, Kuba, vom 17.3.1999 sowie Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union zu Kuba, vom 25.6.1999.

<sup>35</sup> Vgl. Agence Europe, No. 7495, Brüssel, 26.06.1999.

überwiegend positive Einstellung der Bundesregierung hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit Kuba deutlich abschwächen. Der Bonus der Kuba-Affinität wäre im Falle fortgesetzter Menschenrechtsverstöße rasch erschöpft.

Dass der gegenwärtige Annäherungsprozess keineswegs frei von Skepsis und Unbehagen ist, zeigt sich auch in der jüngst aufgenommenen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit: Mit der Entscheidung des BMZ, die Wüstenbildung auf Kuba zu bekämpfen, wurde sicherlich nicht ohne Absicht ein Projekt gewählt, das sich durch ein hohes Maß an Unverfänglichkeit auszeichnet und weder in Deutschland noch international, hier vor allem seitens der USA, auf Protest stoßen dürfte. Tatsächlich hat sich das BMZ noch vor Aufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit davon überzeugt, dass seitens oppositioneller Kreise kein Widerstand gegen das Kooperationsvorhaben zu erwarten sei. Dies zeigt, dass die deutsche Seite nicht ohne vorherige Absicherung agieren wollte. Die Annäherung fand zudem zu einem Zeitpunkt statt, zu dem der internationale Druck auf Kuba deutlich abgenommen hatte und selbst in den USA Entspannungstendenzen zu erkennen waren. Diese Umstände lassen vermuten, dass die deutsche Kuba-Politik auch weiterhin keineswegs losgelöst vom internationalen "Klima" erfolgt und für internationalen Druck durchaus empfänglich bleibt. Für die deutsche Position zu Kuba dürfte jedoch nunmehr weniger die Haltung der USA als vielmehr das grundsätzliche Bemühen um eine kohärente Außenpolitik der Europäer gegenüber Kuba von Bedeutung sein.

Gerade auf europäischer Ebene hat sich indes die Rolle der Bundesrepublik für die Kuba-Politik der Europäischen Union deutlich gewandelt: Während die CDU-FDP-Regierung die bisherigen Bemühungen um eine Annäherung zwischen der EU und Kuba noch zu verhindern suchte, erweist sich die neue Regierung auch auf europäischer Ebene als ein klarer Befürworter einer verstärkten Zusammenarbeit mit Kuba. Dies zeigt sich sowohl in der Bereitschaft Schröders und Fischers, am Rande des 1999 in Rio de Janeiro abgehaltenen EU-Lateinamerika-Gipfels noch vor Beginn der offiziellen Verhandlungen ein intensives Gespräch mit Castro zu führen,<sup>36</sup> als auch in dem Engagement Wieczorek-Zeuls für die Aufnahme Kubas in den Kreis der AKP-Staaten, auch nach dem Rückzug Kubas aus den Lomé-Nachfolgeverhandlungen. Diese neue Rolle der Bundesrepublik auf EU-Ebene könnte

---

<sup>36</sup> Bei diesem Treffen kam es allerdings angesichts der unterschiedlichen Bewertung des Nato-Einsatzes im Kosovo zu einer zeitweiligen Verstimmung (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 29.6.1999).

dazu beitragen, einer dauerhaften Annäherung zwischen Europa und Kuba den Weg zu ebnen und der stärkeren Ausrichtung Kubas auf die europäischen Staaten, wie sie in der gestiegenen Bedeutung Europas als wichtigster Handelspartner Kubas zum Ausdruck kommt, durch eine institutionalisierte politische Zusammenarbeit zu entsprechen. Zumindest auf Seiten der Europäer scheint mit dem Einlenken eines der bislang gewichtigsten Gegner innerhalb der EU die Bereitschaft hierzu durchaus vorhanden zu sein.

### **Chronologie**

- 1953 Errichtung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Havanna.
- 1959 Sieg der Truppen Fidel Castros über das Batista-Regime.
- 1960 Verhängung einer Wirtschaftsblockade Kubas durch die US-Regierung.
- 1962 Kuba-Krise; Bundeskanzler Konrad Adenauer verweist in einer an die deutsche Öffentlichkeit gerichteten Ansprache auf die von der kubanischen Revolution ausgehende Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.
- 1963 Kuba nimmt als erstes lateinamerikanisches Land offizielle diplomatische Beziehungen zur DDR auf; die Bundesregierung bricht daraufhin ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.
- 1974 Staatsbesuch Erich Honeckers in Kuba.
- 1975 Die Bundesrepublik nimmt nach zwölfjähriger Unterbrechung ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba erneut auf.
- 1977 Staatsbesuch Fidel Castros in der DDR.
- 1978 Die DDR und Kuba schließen ein Abkommen über den Austausch und Ausbildung von Facharbeitern; bis 1989 kommen ca. 30.000 Kubaner für meist mehrere Monate oder Jahre in die DDR.
- 1980 Die DDR und Kuba unterzeichnen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.
- 1982 Besuch der Europaparlamentarierin Wieczorek-Zeul (SPD) auf Kuba.
- 1983 Zusammentreffen zwischen Castro und Hans-Jürgen Wischniewski, Präsidiumsmitglied der SPD.
- 1984 Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt reist in seiner Funktion als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale nach Kuba; Zusammentreffen mit Castro.
- 1986 Kuba erklärt sich zahlungsunfähig und stellt alle Rückzahlungen gegenüber den westlichen Gläubigern ein; die Bundesregierung setzt daraufhin die Gewährung von Außenhandelsförderinstrumenten aus.

- 1988 Oskar Lafontaine, zum damaligen Zeitpunkt Ministerpräsident des Saarlands, nimmt im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung an einer Delegationsreise nach Kuba teil.
- 1988 Reise einer Delegation der Grünen nach Kuba, Treffen mit Castro.
- 1990 Deutsche Wiedervereinigung; die Bundesregierung verweigert die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Kuba.
- 1995 Der ehemalige Finanzsenator Hamburgs, Horst Gobrecht (SPD), berät die kubanische Regierung bei der Einführung eines Steuersystems.
- 1996 Die USA erlassen das Helms-Burton-Gesetz, das u.a. Sanktionen gegen ausländische Unternehmen vorsieht, die in von der kubanischen Regierung enteignetes Kapital investieren. Die Europäische Union droht daraufhin mit einer Klage vor der Welthandelsorganisation (WTO).
- 1996 1. Deutsch-Kubanischer Wirtschaftskongress in Köln.
- 1996 Der Rat der Europäischen Union beschließt einen Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba.
- 1996 Gerhard Schröder unternimmt in seiner Funktion als Ministerpräsident von Niedersachsen eine Besuchsreise nach Kuba; Gespräch mit Castro.
- 1996 Vertreter der deutschen und kubanischen Regierung unterzeichnen ein Investitionsschutzabkommen, das 1998 in Kraft tritt.
- 1997 Manfred Stolpe (SPD) besucht als Ministerpräsident von Brandenburg Kuba; Gespräch mit Castro.
- 1998 Die Europäische Union gewährt Kuba einen Beobachter-Status bei den Neuverhandlungen der Lomé-Verträge; hierdurch erhält Kuba die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Gruppe der AKP-Staaten, einem mit der EU assoziiertem Zusammenschluss.
- 1999 Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unternimmt zusammen mit hochrangigen Vertretern der deutschen Wirtschaft eine fünftägige Reise nach Kuba.
- 1999 2. Deutsch-Kubanischer Wirtschaftskongress in Berlin.
- 1999 Die Europäische Union unter Vorsitz der deutschen Ratspräsidentschaft spricht zwei Verurteilungen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen die kubanische Regierung aus.
- 1999 Gespräch zwischen Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und dem kubanischen Regierungschef Castro am Rande des Rio-Gipfels.



- 1999 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschließt eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der kubanischen Regierung.
- 2000 Treffen zwischen Bundeswirtschaftsminister Müller und dem kubanischen Vizepräsident Lage in Berlin; beide Seiten verständigen sich auf eine Regelung der Altschuldenproblematik.
- 2000 Die kubanische Regierung zieht ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der AKP-Gruppe zurück.
- 2000 Wieczorek-Zeul reist als erstes bundesdeutsches Regierungsmitglied seit 1959 zu einem offiziellen Besuch nach Kuba.

### Literaturverzeichnis

- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (1972): *Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*. Köln.
- Bieß, Marita (1985): *Die politisch-ideologische Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Kubas in den siebziger Jahren*. Berlin: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dissertation.
- Blasier, Cole (1979a): "Comecon in Cuban Development". In: Blasier, Cole/Mesa-Lago, Carmelo (Hrsg.): *Cuba in the World*. Pittsburgh, S. 225-256.
- Blasier, Cole/Mesa-Lago, Carmelo (Hrsg.) (1979b): *Cuba in the World*. Pittsburgh.
- Bott, Regula/Dittfurth, Jutta/Zieran, Manfred (1998): *Kuba öffnet sich: Für alternative Energien, in der Frage der Menschenrechte... Bericht von der Reise der GRÜNEN-Delegation nach Kuba, 15.5.-3.6.88*. Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN 1988. Bonn.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI) (1999): *Interesse am Standort Kuba wächst*. Dokumenten-Nr. 66-19990520, Köln.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) (1999): *Dokumentation BDI/IAV-Delegation nach Kuba und Jamaika*. Köln.
- Domínguez, Jorge (1989): *To make a world safe for revolution. Cuba's foreign policy*. Cambridge/Mass.
- Drekonja, Gerhard (1974): "Kuba: Jenseits der Unterentwicklung". In: *E+Z*, 15, 3, S. 19.
- Florentino Graupera, Francisco (1992): "Cuba y la política alemana de ayuda al desarrollo tras la unificación". In: *Revista de Estudios Europeos*, 21-22, S. 143-157.
- (1997): "Cuba y Alemania en los noventa. ¿Hacia nuevas aperturas?". In: *Revista de Estudios Europeos*, 41, S. 22-56.
- Franzbach, Martin (1995): "Brüderliche Hilfe. Die Unterstützung der DDR-Stasi für den kubanischen Geheimdienst". In: *ila*, 191, S. 39-42.
- Grabendorff, Wolf (1982): "Western European Perceptions of the Turmoil in Central America". In: Feinberg, Richard E. (Hrsg.): *Central America: International Dimensions of the Crisis*. New York, S. 201-212.

- (1992): "Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Kuba". In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 20, S. 61-80.
- Gratius, Susanne (1999): *Kuba 1999: Zwischen Repression und Agonie*. (Institut für Iberoamerika-Kunde (Hrsg.): *Brennpunkt Lateinamerika. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr. 10.)
- Haass, Richard N. (Hrsg.) (1999): *Transatlantic Tensions. The United States, Europe, and Problem Countries*. Washington, D.C.
- Hamann, Claudia (1992): "Lateinamerika in der deutschen Entwicklungspolitik". In: Mols, Manfred/Wagner, Christoph, 1994: S. 101-166.
- Heilman, John G. (1997): *Ideological Conflict and Institutional Differentiation in West German Relations with Latin America*. New York.
- Hennessy, Alistair/Lambie, George (Hrsg.) (1993): *The Fractured Blockade. West European-Cuban Relations during the Revolution*. London/Basingstoke.
- Hoffmann, Bert (1996): "Helms-Burton und kein Ende? Auswirkungen und Perspektiven für Kuba, die USA und Europa". In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 33, S. 35-50.
- IRELA (1996a): *Cuba y la Unión Europea: las dificultades del diálogo*. Madrid.
- (1996b): *La Posición Común de la UE sobre Cuba: debate interno, reacciones y repercusiones*. Madrid.
- (1998): *El mundo se abre a Cuba: Avances hacia su plena inserción internacional*. Madrid.
- (2000): *Revision der Europäischen Kuba-Politik: Perzeptionen und Interessen der EU-Mitgliedstaaten*. Madrid.
- Joffe, Josef (1996): "Amerika und Deutschland: Die Weltmacht, der 'sanfte Hegemon' und die natürliche Partnerschaft". In: Kaiser, Karl/Krause, Joachim (Hrsg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*. Band 3: Interessen und Strategien, München, S. 117-122.
- Krämer, Raimund (1994): "Archäologische Grabungen in einer verschwundenen Diplomatie. Zu den Beziehungen der DDR mit Lateinamerika". In: Mols, Manfred/Wagner, Christoph, 1994: 79-99.
- (1998): "Der alte Mann und die Insel: Von den anfänglichen Hürden, dem Alltag und abrupten Ende einer engen deutsch-kubanischen Liaison. Kuba, Che Guevara und die DDR". In: Krämer, Raimund: *Der alte Mann und die Insel. Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba*. Berlin, S. 139-159.
- Krugmann-Randolf, Inga (1990): "Entwicklungspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit". In: *E+Z*, 31, 5, S. 6.
- Lambie, George (1993): "Anglo-Cuban commercial relations in the 1960s: A case study of the Leyland Motor company contracts with Cuba". In: Hennessy, Alistair/Lambie, George, 1993: 163-196.
- (1995): *The Blockade on Cuba: West European-Cuban Relations during the Revolution*. Working Paper of the Caribbean Institute and Study Center for Latin America, Puerto Rico.
- MacDonald, Scott B. (1990): "Cuba's Relations with Europe and Canada: Accommodation and Challenges". In: Fauriol, Georges/Looser, Eva (Hrsg.): *Cuba and the International Dimension*. London, S. 233-254.

- Meyer, Petra (1990a): "Kuba ist ein vertrauenswürdiger Partner". In: *E+Z*, 31, 5, S. 21.
- (1990b): "Zukunft ehemaliger DDR-Projekte". In: *E+Z*, 31, 12, S. 19.
- Mols, Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.) (1994): *Deutschland – Lateinamerika. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*. Frankfurt/M.
- Nuccio, Richard A.: Cuba (1999): "A U.S. Perspective". In: Haass, Richard N. (Hrsg.): *Transatlantic Tensions. The United States, Europe, and Problem Countries*. Washington, D.C., S. 7-28.
- Oberndörfer, Dieter (1975): "Lateinamerika als Bezugsfeld westdeutscher Außenpolitik". In: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Außenpolitik*. München/Zürich, S. 348-354.
- Petras, James/Morley, Morris (1996): "Clinton's Cuba policy: two steps backward, one step forward". In: *Third World Quarterly*, 17/2, S. 296-287.
- Pressezentrum des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (1996): *Haushaltsausschuss: "Ideologische Verklemmtheit" bald abstreifen*. Bonn: Bundestag, Heft 3.
- (1997): *Auswärtiges: Im Rahmen der Europäischen Union Beziehungen zu Kuba intensivieren*. Bonn: Bundestag, Heft 5.
- Rodríguez, José Luís (1993): "Economic relations between Western Europe and Cuba since 1959". In: Hennessy, Alistair/Lambie, George, 1993: 100-115.
- Roy, Joaquín (1998): "La Unión Europea y España ante la ley Helms-Burton". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, 24, 3-4, S. 213-245.
- (1999): "Cuba, the U.S. Embargo, and the Helms-Burton Law". In: Haass, Richard N. (Hrsg.): *Transatlantic Tensions. The United States, Europe, and Problem Countries*. Washington, D.C., S. 29-47.
- Zeuske, Michael (2000): *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*. Zürich.